

VERTRAULICHInformations hebdomadaires 20/89

CK 18. Mai 89 - 9

Besuch von Bechir Mustapha Sayed, Verantwortlicher fuer die auswärtigen Beziehungen der Polisario bei Staatssekretaer Jacobi am 10. Mai 1989

(Beitrag auch für "informations hebdomadaires")

---

Dem Wunsche der Polisario nach einem Treffen mit einem hohen Vertreter des EDA entsprechend, hat Staatssekretär Jacobi am 10. Mai 1989 Bechir Mustapha Sayed zu einem Gespräch empfangen und zwar in dessen Eigenschaft als Unterhändler der Polisario-Befreiungsbewegung im Zusammenhang mit den Friedensbemühungen der UNO. Diesem ersten Treffen eines hohen Beamten des Departementes mit der Nr. 2 der Polisario wurde entsprochen, um einerseits den politischen Kurs in Erfahrung zu bringen und andererseits die Möglichkeiten einer allfälligen schweizerischen Beteiligung am Friedensprozess im Rahmen der guten Dienste zu sondieren.

Möglicher Hintergrund der politischen Offensive

Dieses Treffen fand 10 Tage nach dem 7. Polisario-Kongress (28.4.-1.5.) statt, an welchem die Polisario ihren Willen, den Konflikt mit friedlichen Mitteln zu lösen bekräftigte, sich dabei aber die militärische Option offen liess, falls es zu keinen Verhandlungen kommen sollte. Die kürzlich erfolgte Umbildung der Exilregierung zugunsten der Gemässigten, zu denen man den Präsidenten der RASD, Mohammed Abdelaziz und Bechir Mustapha Sayed zählen darf, scheint darauf hinzudeuten, dass die Polisario von ihrem Konfrontationskurs abzukommen bereit ist - eine Entwicklung, die unter anderem dem mässigenden Einfluss Algeriens zuzuschreiben ist. Andererseits ist durch Marokkos Ratifikation des Grenzvertrages mit Algerien von 1972 Tindouf nun eindeutig algerisches Gebiet. Mit dem Abkommen der Union du Maghreb Arabe verpflichtet sich Algerien, jegliche von seinem Territorium aus gegen einen Mitgliedstaat gerichtete Aktivität zu unterbinden. Diese Klausel gilt auch für Mauretanien. Somit haben die



Sahraouis nur noch eine sehr schmale Basis für Vorbereitung ihrer Angriffe. Deshalb versucht die Polisario auf der internationalen Tribüne, vorab mit Europäischen Ländern, ihren Standpunkt zu vertreten und daraus politischen Profit zu schlagen.

### Zum Gespräch

#### Beziehungen Schweiz- Polisario

Einleitend bedankt sich Bechir Mustapha Sayed (B) für den Empfang, für die Friedensbemühungen der Schweiz in der Region (wahrscheinlich in Anspielung auf die Evian-Gespräche) sowie für die Finanzierung eines Flugzeuges durch die Schweiz 1987, welches einer mit der technischen Abklärung der Modalitäten eines Waffenstillstandes und eines Referendums betrauten Expertengruppe der UNO und OAU zur Verfügung gestellt wurde. Schliesslich dankt B für die humanitäre Hilfe der Schweiz an die Flüchtlinge im Lager Tindouf.

Die Polisario wünsche sich eine aktive Rolle der Schweiz in den Friedensbemühungen und bittet konkret um schweizerische Hilfe im Zusammenhang mit dem Referendum und der Lösung der zukünftigen Probleme (in Anspielung auf einen unabhängigen Staat). Weiter hoffe sie auf die Unterstützung für die Wiederaufnahme des Dialoges mit Marokko. Schliesslich begrüsse sie die Bereitschaft, Mohamed Abdelaziz (MA) in Bern zu empfangen und hoffe auf ein Zusammentreffen mit dem Bundespräsidenten.

JAC erwidert darauf, dass er an seiner (der Polisario bekannten) Bereitschaft festhalte, MA zu einem Arbeitsgespräch zu empfangen.

#### Rolle der UNO und Auswirkungen der Normalisierung der Ost-Westbeziehungen auf Regionalkonflikte (Westsahara).

B unterstreicht die positiven Auswirkungen der verbesserten Ost-West Beziehungen auf Regionalkonflikte, sowie auf die damit verbundene Stärkung der Rolle der Vereinten Nationen.

### Union Magreb Arabe (UMA)/RASD

Gemäss B sei durch die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen Marokko- Algerien und der Schaffung der UMA ein Zusammenschluss der Maghreb-Staaten erfolgt, welcher erst mit der Lösung des Westsaharakonfliktes das ihm zugrunde liegende Hauptziel (regionale wirtschaftliche Zusammenarbeit) erreichen könne. Es läge im Interesse der EG-Staaten, auf eine Lösung des Westsaharakonfliktes zu drängen, und damit die wirtschaftliche Entwicklung im Rahmen der UMA zu fördern.

### UNO-Friedensplan

Dazu erklärt B, dass beide Parteien grundsätzlich dem auf der Grundlage der UNO-Beschlüsse und der OAU-Resolution 40/50 basierenden Referendum zugestimmt hätten. Sowohl die Grundlage zur Festlegung der Stimmberechtigten (die von Spanien durchgeführte Volkszählung aus dem Jahre 1974) als auch die Referendumsfrage (Unabhängigkeit oder Integration) wurden von beiden Parteien akzeptiert. Dagegen bestünden Unstimmigkeiten über den Rückzug vor der Wahl der marokkanischen militärischen und zivilen Personen. Die Frage der Neutralisierung der marokkanischen Siedler während der Wahl und die anzuwendenden Gesetze (marokkanische) sei noch nicht geklärt. Schliesslich sei die Zahl der UNO-Beobachter während des Referendums und der Uebergangsphase noch nicht bestimmt und die Frage der Repatriierung der Kriegsgefangenen sei ebenfalls noch offen.

### Dialog Polisario mit König Hassan am 4./5. Januar 1989

B zeigt sich befriedigt über das erste Treffen mit König Hassan. Dieser habe eingesehen, dass die Lösung des Konfliktes nur politisch herbeigeführt werden könne. Hassan habe zugegeben, dass er die Herzen der Saharaouis "im besetzten Gebiet" nicht habe überzeugen können. Für Hassan bildeten die Marokkaner und die Saharaouis eine "konfliktive Ehe", in der jetzt die Versöhnung Einzug halten müsse. Für Hassan bedeute der Konflikt eine grosse finanzielle Belastung und er wolle denselben vor seiner Machtübergabe geregelt sehen. Hassan habe sich bereit erklärt,

den Dialog weiterzuführen. Nach Ansicht B's hat sich Hassan soweit in dieser Sache engagiert, dass er sich ohne Gesichtsverlust nicht mehr vom Dialog zurückziehen könne.

### Genfer Konventionen

B bekundet den Wunsch der RASD, die Genfer Konventionen zu unterzeichnen. B wurde empfohlen, eine "Déclaration d'adhésion" zu hinterlegen, welche hierauf dem IKRK zur Kenntnis übergeben würde.

### Kommentar

Nach dem 1. Treffen mit König Hassan proklamierte die Polisario bekanntlich einen einseitigen Waffenstillstand, um den Dialog mit Hassan weiterzuführen und die Einheitsbestrebungen des Gross-Maghreb zu unterstützen. Hassan liess es bis heute bei diesem ersten Dialog bewenden, was die Polisario dazu bewog, die Wiederaufnahme der Kampftätigkeit anzukünden. Hassan kam aber mit diesem 1. Treffen den Friedensbestrebungen der UNO und deren Aufforderung nach direkten Verhandlungen teilweise entgegen, ohne jedoch das Gesicht zu verlieren und die Polisario als Befreiungsbewegung ausdrücklich zu anerkennen. Hassan ist offensichtlich bestrebt, eine Lösung des Konfliktes anzustreben, dabei aber keine allzuschnelle Gangart einzuschlagen; eine Lösung des Problems verbesserte die Beziehungen zu Algerien und die Stellung Marokkos im Maghreb.

Prognosen zu stellen über die Erfolge des UNO-Sonderbeauftragten Gros Espiell, mit seinen Detailverhandlungen voranzukommen, wären zweifelsohne gewagt.

who: beitragsgesuch von palaestina/plo

in ihrer plenarsitzung am 12.5.89 hat who-versammlung in geheimer abstimmung eine von zehn staaten (schweiz, finnland, irland, luxemburg, costa rica sowie fuenf suedpazifische insel-staaten) unterzeichnete resolution mit 63 gegen 47 stimmen bei 20 erhaltungen klar angenommen, auch deren operativen paragraphen sie

quote  
1. exprime l'espoir que le peuple palestinien sera pleinement represente au sein de l'organisation mondiale de la sante par ses representants legitimes,

2. prie le directeur general:

1) de continuer ses etudes sur la demande de la palestine contenue dans la note verbale du 14 avril 1989 et sur ses incidences pour l'activite de l'oms, en consultation avec toutes les organisations et tous les organes appropries,

2) de presenter un rapport sur l'aboutissement de ses etudes a la quarante-troisieme assemblee mondiale de la sante pour qu'elle prenne une decision,

3) d'entreprendre immediatement, en collaboration avec tous les membres de l'oms, avec les organisations intergouvernementales et non gouvernementales et avec les autres personnes interessees, de developper l'assistance fournie pour ameliorer les conditions sanitaires du peuple palestinien dans les territoires occupes,

4) d'entamer une discussion avec toutes les parties interessees en vue d'assurer la fourniture par l'oms d'une assistance importante dans le domaine de la sante au peuple.

prompte schweizerische mitunterzeichnung dieser auf eine initiative von who-generaldirektor nakajima zurueckgehenden kompromissloesung hat ihre lancierung, von vielen laendern aus allen regionalgruppen insgeheim gewuenscht, massgeblich erleichtert und zum positiven abstimmungsergebnis zugunsten einer verschiebung der beitragsfrage auf naechstes jahr, und gegen eine mit der zulassung von palaestina/plo befuerchtete politisierung der who, beigetragen.

schweizerische haltung aendert in keiner weise die wiederholt vom bundesrat ausgesprochene anerkennung des grundsatzlichen rechts des palaestinensischen volkes auf selbstbestimmung sowie des rechts israels, innerhalb sicherer grenzen zu leben.

C S C E :. Le Forum de l'information de Londres a pris fin le vendredi 12 mai 1989.

Du point de vue suisse, nous avons atteint nos objectifs en effet:

- Nous avons déposé des propositions concrètes, allant au-delà des engagements existant à la CSCE, sur l'amélioration des conditions de travail des journalistes, l'amélioration de l'information et des communications. Les idées contenues, si elles devaient être adoptées par les 35 Etats participant à Helsinki en 1992, permettraient d'une part de faciliter les déplacements des journalistes, d'autre part de supprimer certains traitements discriminatoires, dont les discussions à Londres ont montré qu'ils constituent une réalité bien présente et un souci majeur pour ceux-ci. De plus, l'approche des problèmes plus techniques de la communication correspond aux objectifs suisses en la matière et fait référence notamment à la convention du Conseil de l'Europe sur la télévision transfrontière. Sur le plan politique, ce document offre avant tout l'avantage de réunir huit pays d'horizons différents (RFA, Italie, Norvège, Hongrie, Pologne, Suisse, Autriche, FL), permettant à la Hongrie et à la Pologne de manifester concrètement leur désir d'indépendance et de rapprochement avec l'Europe occidentale. Si l'URSS a laissé faire sans réagir, la RDA aurait, semble-t-il, peu apprécié cette opération.
- Les journalistes suisses membres de la délégation se sont manifestés par des interventions de qualité dans les groupes de travail, soumettant des idées (en particulier M. Stamm de la NZZ et M. Tschanz de la RSR) qui ont servi de point de départ à la proposition mentionnée ci-dessus. Le mélange inhabituel de journalistes et diplomates au sein de la délégation a fonctionné harmonieusement, un consensus se dégageant rapidement sur les buts à poursuivre dans la proposition (même si certains auraient peut-être souhaité y voir figurer des éléments irréalistes en l'état actuel).

### Besuch von Botschafter Jenő Staehelin (SIN) in San Marino

Die Republik von San Marino ist als kleiner Binnenstaat (von der Fläche und Bevölkerungszahl her mit Liechtenstein vergleichbar) mit Italien durch eine Zoll- und Währungsunion verbunden. Sie hat sich innerhalb der N + N-Gruppe aktiv am KSZE-Prozess beteiligt und ist seit November 1988 Mitglied des Europarats. Im Rahmen einer "Schweizerwoche", welche von unserem Generalkonsul in San Marino, R. Bodenmüller, in Zusammenarbeit mit der SVZ Italien und der Schweizerischen Handelskammer in Italien vom 8.-13. Mai in San Marino organisiert wurde, fand auf sanmarinesische Einladung hin am 11. Mai ein politischer Gedankenaustausch zwischen SIN und einer Delegation San Marinos statt, welche unter der Leitung des Staatssekretärs für auswärtige Angelegenheiten, Gabriele Gatti, stand.

Die Gespräche drehten sich hauptsächlich um die Frage der Beziehungen zur EG. Während langer Jahre wurde San Marino in wirtschaftlicher Hinsicht faktisch als integraler Bestandteil Italiens und somit wohl auch der EG betrachtet. Der Prozess der Ausweitung der EG-Zuständigkeiten auf neue Gebiete (z.B. Steuerharmonisierung) stellt San Marino, das beispielsweise keine Mehrwertsteuer kennt, vor unerwartete Probleme. San Marino möchte diese in Verhandlungen mit der EG lösen, aber, wie SIN dargelegt wurde, wegen seiner "dauernden, nicht-aufoktroyierte Neutralität der EG nicht beitreten". Botschafter Staehelin erläuterte die schweizerische Haltung gegenüber der EG und wies auf die für San Marino in gewisser Hinsicht ähnliche Situation hin, in welcher sich das Fürstentum Liechtenstein befindet.

Im Rahmen dieses Besuches übergab SIN als Kuriosum zwei alte Feldhaubitzen als Geschenk der Eidgenossenschaft an San Marino. Sie werden dort inskünftig für das Abschiessen von Ehrensalven benutzt.

**Banque asiatique du développement**  
**22ème réunion annuelle (Beijing, du 3 au 6 mai 1989)**

Réunion annuelle:

Cette 22ème réunion annuelle de la BAD a eu un caractère de routine à l'exception de l'annonce par le président Fujioka de son intention de démissionner pour la fin de l'année. En effet, aucune question brisante n'était inscrite à l'ordre du jour, la banque disposant présentement de ressources suffisantes pour assumer pleinement et avec succès son rôle d'institution de développement, dont les orientations ont été confirmées par le rapport plutôt décevant des experts indépendants sur son rôle dans les années 1990. Toutefois, la banque doit faire face à un triple défi: la lourde situation d'endettement, présente et prévue, de certains de ses pays membres, la subsistance de poches de pauvreté énormes en Asie, la définition des meilleurs voies et moyens d'aider au développement de l'initiative privée dans la région. Alors qu'une unanimité des délégations s'est dégagée concernant des efforts particuliers en faveur du développement de l'infrastructure économique et sociale, de l'élimination des poches de pauvreté et de la protection de l'environnement, les avis ont par contre divergé quant au soutien à apporter par la banque au secteur privé, plus spécifiquement sur l'initiative du Président Fujioka de la création d'une "Asian Finance and Investment Corporation" (AFIC), dont le capital serait détenu à raison de 30 % par la BAD et de 40 % par les banques commerciales japonaises (cadre recyclage des surplus commerciaux japonais sous couverture de la BAD). L'ensemble des pays non-régionaux a critiqué la procédure précipitée de la banque et demande que les nombreuses questions laissées ouvertes par cette initiative fassent l'objet d'un nouvel examen avant une quelconque décision finale.

L'Indonésie, soutenue par l'Inde et les Philippines, se référant au plan Brady, a relevé que les pays de la région Asie-Pacifique, qui ont entrepris des ajustements structurels tout en honorant leur service de la dette, ne devraient pas être pénalisés pour leur bonne gestion économique.

Le Gouverneur suisse (Ambassadeur P.-L. Girard) a relevé la saine gestion économique des pays asiatiques, souligné l'importance de la poursuite de la libéralisation du commerce inter-



national dans le cadre du GATT, manifesté sa déception quant à la qualité et la portée des recommandations des experts indépendants et exprimé ses réserves quant au AFIC, qui ne répond pas aux critères de la coopération multilatérale, en insistant par contre sur le rôle qui revient à la banque dans le développement d'un environnement favorable à l'investissement privé.

Réceptions de Znao Ziyang, secrétaire général du pcc:

Les chefs de délégations et la direction de la BAD ont été reçus durant une heure par le secrétaire général du parti, Znao Ziyang (Z) qui a notamment précisé la position des autorités chinoises sur deux points:

- a) Politique d'ouverture de la Chine vers l'extérieur: (Z) a qualifié la direction d'ouverture prise par la Chine d'irréversible en indiquant en outre que la solution aux problèmes spécifiques qui se posaient actuellement résidait elle-même dans la poursuite des réformes en cours. Dans ce contexte, il a toutefois souligné avec insistance qu'il n'était pas question pour la Chine de copier le système occidental et que par ailleurs, le processus de démocratisation socialiste ne saurait procéder sans autre de manière rapide. (Z) a conclu sur ce point en relevant que "political reform has to be in line with economic reform", une conclusion dont on peut se demander si elle signifie que les deux réponses vont se freiner mutuellement ou si, au contraire, les autorités chinoises assignent à la réforme économique le rôle de locomotive à l'ajustement des structures politiques.
- b) Démonstrations étudiantes: Les démonstrations d'étudiants ont pour objet une protestation contre "the embezzlement and corruption" qui se développent en Chine; les problèmes soulevés par les étudiants sont identiques à ceux discutés par les dirigeants lors du "National people's congress" en mars; le concept d'action des autorités s'articule dès lors autour de deux axes principaux: amélioration de la transparence, du système juridique et du contrôle démocratique.

\* \* \*

Discussions d'experts avec la Yougoslavie

Une délégation suisse conduite par Godet a reçu le 11 mai 1989, à Berne, une délégation yougoslave dirigée par M. Mirosic, Secrétaire fédéral adjoint, pour aborder, notamment, les problèmes que pose, dans le cadre de la Convention de Vienne du 24 avril 1963 sur les relations consulaires, l'exercice des fonctions consulaires. Cette réunion, qui faisait suite à une visite que feu Ambassadeur Monnier, accompagné d'un représentant du Ministère public de la Confédération, avait faite en 1986, à Belgrade, avait dû être différée jusqu'à ce jour en raison de la découverte de nouvelles activités illégales commises par des membres de représentations yougoslaves en Suisse et en raison de l'arrestation et condamnation de leurs indicateurs. La réunion du 11 mai s'est révélée utile, dans la mesure où elle a permis à chaque délégation, dans un climat serein, d'exposer de manière très franche ses points de vue.

C'est ainsi que la délégation suisse a fait savoir qu'étant donné le fort pourcentage d'étrangers sur le territoire suisse, il ne peut être toléré que des fonctionnaires consulaires contrôlent et surveillent leurs propres ressortissants résidant en Suisse, en recueillant des informations sur ceux-ci et en exerçant des pressions sur leurs indicateurs - article 272 du Code pénal suisse (Espionnage - Service de renseignements politiques)-. La surveillance des personnes présumées représenter un danger pour la sécurité est une tâche qui relève exclusivement des organes de police suisse.

La délégation yougoslave, tout en réfutant les accusations

portées contre ses fonctionnaires consulaires en Suisse, en a appelé à la compréhension des autorités suisses, notamment lorsqu'il s'agit des agissements des Albanais du Kosovo qui représentent une réelle menace pour l'intégrité du territoire yougoslave. Les deux délégations sont convenues qu'il y aurait lieu à l'avenir de tirer un meilleur parti des canaux de communication existants (voie diplomatique, Interpol, entraide judiciaire).

Le nombre élevé de demandes d'asile déposées en 1988 (820) et en 1989 (plus de 1000 déjà) - taux d'acceptation: 2 % pour les années précédentes - a donné l'occasion à la délégation suisse d'exposer sa politique en matière d'asile. Ont également été abordés les problèmes de visas et des questions touchant à l'entraide judiciaire en matière pénale et civile, ainsi qu'à l'extradition.

TV - 5

Rencontre ministérielle des ministres chargés du dossier

1. Le vendredi 21 avril 1989, a eu lieu la première rencontre entre les ministres francophones des pays participant à TV-5, à l'invitation du Ministre-Président de la Communauté française.

La délégation était conduite par Monsieur Fritz Mühlemann, Secrétaire général du DFTCE, en remplacement de Monsieur Adolf Ogi, retenu à Berne. L'accompagnait Monsieur F. Riehl, Chef-adjoint au Service de la radio et de la télévision au Secrétariat général du DFTCE.

2. TV-5 est un programme francophone diffusé en Europe sur le satellite ECS-1 et au Canada sur le satellite Armik D-2. La SSR livre des émissions (tel "Temps Présent") pour l'équivalent d'une soirée par semaine en moyenne. Elle participe aux coûts techniques et administratifs. Les autres partenaires sont TF1, Antenne 2, FR3 pour la France, la RTBF pour la Communauté francophone de Belgique et le Consortium CTQC pour le Canada et le Québec. TV-5 EUROPE et TV-5 QUEBEC-CANADA sont une chance unique pour la Suisse d'être présente à bon marché (11,8 millions de FF soit environ 3 mio. de francs suisses en 1988) sur l'Europe et le Continent nord-américain.
3. Lors de la réunion du 21 avril 1989, les discussions ont essentiellement porté sur la diffusion de TV-5 en Afrique ainsi qu'à son extension aux USA et aux Caraïbes.
4. En ce qui concerne TV-5 AFRIQUE, les Ministres ont ré-affirmé leur volonté de principe de voir se développer à terme un projet de TV-5 AFRIQUE.

L'installation de ce programme se fera toutefois de manière progressive, tant pour des motifs d'ordre budgétaire que par souci d'intégrer au mieux des programmes d'origine africaine. Cette formule devrait permettre une mise au point progressive de TV-5 AFRIQUE selon le modèle coopératif et multilatéral déjà en vigueur en Europe et au Canada.

Il a été tenu compte des projets de la France qui prévoit la mise en oeuvre prochaine d'une banque de programmes dénommé CANAL FRANCE INTERNATIONAL transmis par un satellite INTELSAT.

Il n'y aura pas de recoupement entre les deux projets. La présentation de TV-5 AFRIQUE sera aussi proche que possible des émissions actuelles diffusées sur TV-5 EUROPE (pour 4 heures par jour) auxquelles seront ajoutés des programmes africains (1/2 h par jour assuré au début par le CIRTEF).

La question du financement n'est pas encore réglée. Elle fera l'objet d'une nouvelle réunion ministérielle en automne 1989 suite à la livraison d'études complémentaires demandées par le sommet ministériel.

A cette occasion, la Suisse a réitéré sa volonté de participer à TV-5 AFRIQUE. Elle a également souligné l'intérêt de la SSR. Ce projet permet d'assurer la présence de la Suisse sur ce continent en pleine mutation. Elle apporte aux pays africains une vision francophone différente de celle à laquelle les a habitués la France.

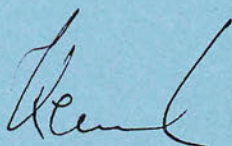
La délégation suisse a cependant rappelé qu'elle n'avait pas les moyens financiers de soutenir ce projet et que la SSR ne voulait pas accroître sa contribution à TV-5 sans apports financiers de la Confédération. Celle-ci est limitée pour l'instant à 0,5 mio. de francs suisses versés par la COCO pour l'ensemble des participants de la SSR à des diffuseurs étrangers.

La délégation suisse a indiqué que la situation pourrait se modifier lors de l'adoption de la loi fédérale sur la radio et la télévision (art. 19 sur les soutiens financiers).

Dans le cadre d'un premier essai de 6 mois, la SSR serait prête à livrer les programmes nécessaires francs de droit.

5. Pour ce qui concerne l'extension de TV-5 aux Caraïbes, l'accent serait mis, dans un premier temps, sur la couverture de Haïti (6,7 millions d'habitants). Cette diffusion serait assurée sur la base de la programmation développée par TV-5-CANADA-QUEBEC. Une étude approfondie doit en établir les coûts, notamment pour les droits de diffusion.
  
6. TV-5 introduira une demande auprès de la FCC (Federal Communication Commission) en vue d'une consolidation de sa diffusion aux Etats-Unis. Le Canada et le Québec poursuivront leurs démarches afin que TV-5 puisse être offert de manière prioritaire aux populations de la Louisiane. Il ne devrait pas y avoir de coûts supplémentaires. Les droits des ayants-droits devraient être payés par les abonnés des réseaux câblés.
  
7. Pour améliorer la diffusion de TV-5 EUROPE en France qui est un pays peu câblé, on compte sur FR3 et la SEPT qui pourraient reprendre les programmes non-français de TV-5. La Suisse a mentionné la préférence de la SSR pour une collaboration avec la SEPT.
  
8. L'état du dossier TV-5 sera transmis aux Ministres des affaires étrangères pour le sommet de la francophonie à Dakar au mois de mai prochain. Une nouvelle réunion des Ministres responsables du dossier de TV-5 aura lieu en automne 1989. Les aspects financiers, notamment du développement de TV-5 AFRIQUE, y seront discutés. Entre-temps les hauts-fonctionnaires responsables se réuniront pour suivre l'évolution du dossier TV-5.

J.-P. KEUSCH



Referenzen und Initialen

Adresse(n), Telex, im Dritte

p.B.58.06.4 - DY/RJ

Datiert

Exemplar

Faktura

Teilung

Adresse

Stempel

X

X

Secrétariat pol.

1

Ja

Nein

Norm

Dring

Flasch

Empfängercode

Empfängercode

Empfängercode

Empfängercode

Empfängercode

Empfängercode

wochentx

\*\*\*

Directives politiques hebdomadaires no 15/89 du 16.5.89

Gespraech Staatssekretaer Jacobi mit Bechir Mustapha Sayed,  
Polisario, am 10. Mai 1989

Staatssekretaer Jacobi hat am 10. Mai 1989 Bechir Mustapha Sayed,  
Verantwortlicher fuer die auswaertigen Beziehungen der Polisario,  
zu einem Gespraech empfangen.

Es handelte sich um das 1. Treffen eines hohen Beamten des De-  
partementes mit einem Vertreter der Polisario-Fuehrung. Es reiht  
sich ein in die Bestrebungen des Departementes, mit allen Kon-  
fliktparteien Kontakte aufzunehmen, insbesondere auch im West-  
saharakonflikt, wo Bechir Mustapha Sayed als Unterhaendler im  
UNO-Friedensprozess eine wichtige Rolle spielt.

Schweizerischerseits ging es vorwiegend darum, eine allfaellige  
Beteiligung an diesem Prozess (Referendum) im Rahmen der guten  
Dienste zu sondieren. Die Nr. 2 der Polisario betonte denn auch  
die wichtige Rolle, welche die Schweiz diesbeueglic uebernehmen  
koennte. Ausfuehrlicherer Bericht folgt in den "informations heb-  
domadaires".

007 400 000 10005

Datum

16.05.89

Teil. intern

30.41

Referenzen zum Inhalt

---

---

---

Ordnung | Nummer | Datum | Text etc. | F. | Absender | Seite

---

2

Empfänger	Ausgangsstelle	Empfangsstelle	Empfangszeit	Empfängername	Empfängertitel
-----------	----------------	----------------	--------------	---------------	----------------

Question de l'admission de la Palestine a l'OMS

Position suisse defendue a la 42e session de l'Assemblée mondiale de la sante :

1. La Suisse est profondément attachee au role fondamental que joue l'Organisation mondiale de la Sante (OMS) dans le traitement des grands problemes actuels de la sante, comme le SIDA ou les soins primaires de sante. Le maintien du bon fonctionnement de l'OMS est indispensable, aussi bien pour les pays en developpement que pour les pays industrialises.
2. La demande d'admission de la Palestine et les reactions qu'elle a suscitees risquant de porter atteinte au bon fonctionnement de l'OMS, la Suisse a tout entrepris pour eviter qu'une decision soit prise dans les circonstances actuelles. Elle a notamment soutenu, avec quelques autres Etats de divers continents, les efforts faits dans ce sens par le Directeur general de l'OMS.
3. La Suisse se rejouit qu'un compromis ait pu etre trouve et espere que cela permettra a l'OMS de poursuivre ses activites, tout en recherchant dans les mois a venir une solution acceptable pour tout le monde.
4. La position prise par la delegation suisse n'affecte en rien la reconnaissance, plusieurs fois exprimee par le Conseil federal, du droit fondamental du peuple palestinien a l'autodetermination, tout comme le droit a l'existence d'Israel dans des frontieres sures.

16.5.89  
30.41



Referenzen und Initialen \_\_\_\_\_ Adresse für Telegramm Dienst \_\_\_\_\_  
 \_\_\_\_\_  
 \_\_\_\_\_  
 \_\_\_\_\_  
 \_\_\_\_\_  
 \_\_\_\_\_

Ordnung \_\_\_\_\_ Priorität \_\_\_\_\_ Formale Teilung \_\_\_\_\_ Absender \_\_\_\_\_ Empfänger \_\_\_\_\_  
 \_\_\_\_\_  
 \_\_\_\_\_  
 \_\_\_\_\_  
 \_\_\_\_\_

Empfangsperiode \_\_\_\_\_ Empfangsperiode \_\_\_\_\_ Empfangsperiode \_\_\_\_\_ Empfangsperiode \_\_\_\_\_ Empfangsperiode \_\_\_\_\_ Empfangsperiode \_\_\_\_\_

3

Iran : L'Ambassadeur Malaek convoqué au DFAE

Le Secrétaire d'Etat Jacobi a convoqué mardi 9 mai 1989 l'Ambassadeur d'Iran, M. Seyyed Mohammad Hossein Malaek, pour lui faire part de la réprobation et de l'indignation de la Suisse à la suite des propos tenus la semaine dernière, à l'occasion de la prière du vendredi, par le Président du Parlement iranien, propos incitant au meurtre ainsi qu'à des actes de terrorisme contre l'aviation civile, les ressortissants et les entreprises de pays occidentaux.

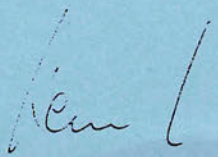
Au nom du Gouvernement suisse, il a reprimé cette incitation comme une atteinte grave aux principes fondamentaux du droit international et fait appel à la modération du Gouvernement iranien, de tels encouragements à la violence ne pouvant qu'isoler l'Iran encore davantage.

C S C E, Londres

Le Forum de l'information de la CSCE s'est terminé vendredi 12 mai 1989 sans communiqué final substantiel en raison de l'opposition d'un seul pays, la Roumanie, à l'inclusion d'un paragraphe reaffirmant les obligations souscrites par les Etats participants. Le pays hôte transmettra néanmoins, comme cela est prévu par le mandat du Forum, toutes les propositions faites au cours des quatre semaines à la prochaine réunion de suivi, à Helsinki en 1992. Le Forum reste néanmoins un succès tant par la qualité du débat que,

6.07. 000 000

Datum 16.5.89  
 Télé intern 30.41



Referenzen und Anmerkungen

Adressen für Telex und Dittis

Chiffre:                                                       

Abkürzung:                                 

4

JA                                                       

Empfängerliste:                                                                             

sur le plan politique, par les développements considérables à l'Est qu'il a permis de constater. C'est cette situation qui a permis à la Suisse, avec l'Autriche de déposer des propositions sur les conditions de travail des journalistes avec la Hongrie et la Pologne, propositions qui vont au-delà des textes actuels de la CSCE. Rapport détaillé a été envoyé aux postes concernés.

Le Chef du Département se rendra en visite officielle en Finlande et en Suède du 17 au 23 mai. Le Secrétaire d'Etat Jacobi est aujourd'hui en visite officielle chez son homologue autrichien à Vienne. Keusch

////

Copie : BRF/JAC/DY

NNNN

16.5.89

30 41

*lieu - (*

EIDGENOESSISCHES DEPARTEMENT FUER  
AUSWAERTIGE ANGELEGENHEITEN  
Presse- und Informationsdienst

CK 18. Mai 89 -9

Bern, den 16. Mai 1989

Interne Verteilerliste + dipl Vertretungen

Betrifft: IH 20/89 + DP 15/89

Departementsvorsteher		BRF
Dipl. Sekretär	Hr. Combernous	CD
pers. Mitarbeiterin	Frau Hanselmann	HMG
Generalsekretariat	Hr. Schaller	SRU
Politischer Direktor, Staatssekretär	Hr. Jacobi	JAC
Sekretariat Staatssekretär	Hr. Kupfer	KU
Protokoll	Botschafter Dayer	DD
Politisches Sekretariat	Botschafter Ducrey	DY
Politischer Dokumentationsdienst, Kanzlei pol. Sekretariat		W 338
KSZE-Dienst	Botschafter Schenk	SBL
Politische Sonderfragen	Minister von Arx	AX
Finanz- und Wirtschaftsdienst	Minister Lautenberg Hr. Fivat	LA FIV
Pol. Abteilung I	Botschafter Staehelin Hr. Pedotti M. Pardo	SIN PGF
Dienst Frankophonie	Hr. De Dardel	DJ
Europarat	Hr. Richard	RA
Pol. Abteilung II	Botschafter Ruegg Frau Favre	RUE FE
Sektion f. kons. Schutz	Hr. Robert	RO
Auslandschweizersekretariat	Minister Fetscherin	FN
Koordinator Internationale Flüchtlingspolitik	Botschafter Weiersmüller	WER
Fremde Interessen	Hr. Ghisler	GH
Direktion f. int. Organisationen	Botschafter Keusch Minister Erard Minister Gyger	KJP ER GWB
Sektion Vereinte Nationen und intern. Organisationen	Hr. Hofer	HER
Berater für europäische Weltraumzusam- menarbeit	Hr. Creola	CRE
Sektion intern. wissenschaftliche Angelegenheiten	Hr. Hofmann	HOF

Sektion für intern. Umweltangelegenheiten	Hr. Schmid	SCW
Sektion f. kulturelle und UNESCO- Angelegenheiten	Hr. Luciri	LC
Sekretariat der nationalen schweiz. UNESCO-Kommission	Hr. Theurillat	TB
Direktion für Völkerrecht	Botschafter Krafft Minister Stettler Minister Godet	KT STR GT
Sektion Völkerrecht	Hr. Spinner	SPI
Sektion Entschädigungsabkommen	Hr. Bühler	BC
Sektion Staatsverträge	Hr. Rubin	RC
Sektion Landesgrenze- und Nachbarrecht	Hr. Dubois	DS
Sektion Verkehr - Seeschiffahrtsamt Basel	Direktor Hulliger Stellvertr. Direktor Haenggi	HG
DVA	Botschafter Manz Frau Krieg	MA KRI
Sicherheitsbeauftragter	Hr. Iten	IT
Sektion Rekrutierung und Ausbildung des Personals Personalsektion	Hr. von Graffenried Hr. Brogini/Hr. Reich	GRP BRO/RE
Sektion Buchhaltung und Informatik	Hr. Savoye	SAV
D. f. verw. rechtl. Angelegenheiten	Hr. Doswald	DW
Sektion Bezüge und Zulagen Verwaltungsinspektorat	Hr. Trinkler Hr. Castelli	TK CS
Kuriersektion	Hr. Schweizer	SRJ
Direktion für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe Stellvertr. Direktor	Botschafter Staehelin Hr. Wilhelm	SFR WM
Delegierter für Katastrophenhilfe im Ausland Vizedirektor	Hr. Rädersdorf Hr. Giovannini Hr. Dannecker	RAE GI/ DAR
Informationsdienst Multilaterale Angelegenheiten Sektion human. Nahrungsmittelhilfe	Hr. Beti Hr. Pasquier Frau Schelling R.	BEI PA SGR
Integrationsbüro EDA/EVD	Botschafter Kellenberger	Ke
CH-91	Botschafter Vallon	VAL
Zentralstelle Gute Dienste	Hr. Bill	BH

## + Vertrauliche Umschläge:

- Hr. Lorétan, Bundeshaus-West, W 134
- Seeschiffahrtsamt, Basel
- Botschafter Raymond Probst, Brunnaderstr. 76, Bern  
(durch Chauffeur zugestellt)

Per Kurier an die diplomatischen Vertretungen in:

Abidjan		Panama
Abu Dhabi		<u>Panmunjom</u>
Addis Abeba	Hamburg	Paris (3)
Akkra	Hanoi	Prag
Alger	Harare	Pretoria
Amman	Havanna	Quito
Amsterdam	Helsinki	Rabat
Ankara	Hong Kong	Rio de Janeiro
Antananarive	Houston	Rom
Asuncion	Islamabad	San Francisco
Athen	Istanbul	San José
Atlanta	Jakarta	Santiago de Chile
Bagdad	Johannesburg	Sao Paulo
Bangkok	Kairo	Singapur
Barcelona	Karachi	Sofia
Beijing	<u>Khartoum</u>	Stockholm
<u>Beirut</u> <i>NIKOSIA</i>	Kigali	Strassburg+Europarat
Belgrad	Kinshasa	Stuttgart
Berlin/BRD	Kopenhagen	Seoul
Berlin/DDR	Kuala Lumpur	Sydney
Bogota	Kuwait	Teheran + Fremde Interessen
Bombay	Lagos	Tel-Aviv
Bonn	La Paz	Tokio
Bordeaux	Lima	Toronto
Brasilia	Lissabon	Tripolis
Brüssel+Mission	London	Tunis
Budapest	Los Angeles	Vancouver
Buenos Aires	<u>Luanda</u>	Warschau
Bukarest	Luxembourg	Washington
Canberra	Lyon	Wellington
Caracas	Madrid	Wien
Chicago	Mailand	Yaoundé
Colombo	Manchester	Zagreb
<u>Conakry</u>	Manila	Riad
Dakar	<u>Maputo</u>	+ Mission permanente de la Suisse auprès des O.I., Wien
Damaskus	Marseille	
Dar es Salaam	Melbourne	
Den Haag	Mexiko	
Dhaka	Montreal	
Djeddah	Monrovia	
Dublin	Montevideo	
Düsseldorf	Moskau	
Frankfurt a/Main	München	
Genua	Nairobi	
Guatemala	New Delhi	
	New York, UNO+GK	
	Osaka	
	Oslo	
	Ottawa	

Diverse:

- Genf, OI
- R. Mantelli, BAWI
- Divisionär Petitpierre, EMD
- R. Probst, BE (ehem. Staatssekretär)
- interne Verteilerliste
- *IH+DP*

CK 18 Mai 89 - 9